

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 4

Artikel: Blockwart schlägt Grossalarm : Satellitenfernsehen gegen Informationsmonopol
Autor: Tete, Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094302>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Satellitenfernsehen gegen Informationsmonopol

Blockwart schlägt Grossalarm

In Nummer 2/85 hatten wir an einem konkreten Beispiel gezeigt, wie wichtig es ist, das Informationsmonopol einer Diktatur zu durchbrechen. In Polen musste das Regime damit aufhören, einen Mordfall als Unfall auszugeben, nachdem der Tatbestand via ausländische Radiosendungen bekanntgeworden war. In Zukunft droht der Informationskontrolle im Sowjetlager vermehrte Durchlöcherung, und zwar durch das Satellitenfernsehen. Deshalb bläst man in Moskau zum Präventivangriff.

Die Sowjetführer haben im westlichen Lager ihrer Feindmalerei einen neuen «strategischen Rohstoff» entdeckt, der ihnen weit grössere Sorgen bereitet als der ferne «Krieg der Sterne». Und diese schlimmere Waffe ist nichts anderes als das Satellitenfernsehen.

So wenig Angst die Machthaber vor einem militärischen Angriff von aussen zu haben brauchen, so gross ist ihre Angst davor, die Kontrolle über die eigene Bevölkerung zu verlieren, denn es ist der innere Feind, der zählt. Und deshalb gehört die anderweitige Information zu den Dingen, welche für das System potentiell bedrohlich sind.

Eine neue Dimension

Von den technischen Voraussetzungen her könnte die Bedrohung bald akut werden. Es besteht die Möglichkeit, dass beispielsweise die Voice of America (VoA), die British Broadcasting Corporation (BBC), die Sender Radio Free Europe und Radio Liberty (RFE/RL) ihre bisherigen ostsprachigen Sendungen durch Satelliten-TV-Programme erweitern und ergänzen.

Die gegenwärtigen Kurzwellensendungen aus dem Westen lassen sich im Ostblock mittels Störsender überdecken oder mindestens schwer beeinträchtigen. Gegen Satelliten-TV ist ein analoges Vorgehen nicht mehr so leicht. Unter einem Sperrfeuer gegen die Ausstrahlung von oben würde nämlich auch das eigene gelenkte Fernsehen empfindlich leiden.

Die Kommunikation ist die eigentliche Schwäche aller totalitären Regimes. Das wissen sie auch. Ihr Monopol über die Information beweist es.

Schreckensvision am «horizont»

Im grossen Stil mobilisiert der Sowjetblock zum «Krieg» gegen die neue Kommunikationstechnik. Auch die Entwicklungsländer und die Blockfreien sollen im anlaufenden Kreuzzug gegen die «Kommunikation des Kapitals» mitfechten. Ihnen sucht man eine «Umstrukturierung der internationalen Informationsbeziehungen» als angebliche Forderung der Entkolonialisierung schmackhaft zu machen. Das tatsächliche Bestreben ist viel schlichter: Man will die sowjetischen Zensurregeln auch im Ausland durchsetzen.

In der DDR-Zeitschrift «horizont» war im Januar dieses Jahres unter anderem zu lesen: «Es ist klar, dass sich die Entwicklungsländer, aber nicht nur sie, gegen den satellitengestützten Kommunikations-Imperialismus zur Wehr setzen.» Auch die Bewegung der Blockfreien habe sich seit ihrer Vierten Gipfelkonferenz 1973 in Algier die «Überwindung der Abhängigkeit ihrer Mitglieder auf dem Gebiet der Information und der Kommunikation als wichtige Aufgabe gestellt».

In einem TV-Satelliten, der in 36 000 km Höhe «operiert», erblickt «horizont» jenen besonde-

ren «Rohstoff von strategischer Bedeutung», mit dem «technologische Überlegenheit (!) in politische und ökonomische Machtüberlegenheit umgewandelt werden soll». Innerhalb von UNO und Unesco seien die «sozialistischen Staaten» gemeinsam mit den Entwicklungsländern daran, für eine «den Interessen aller Staaten dienende Gestaltung der internationalen Informations- und Kommunikationsbeziehungen» einzutreten.

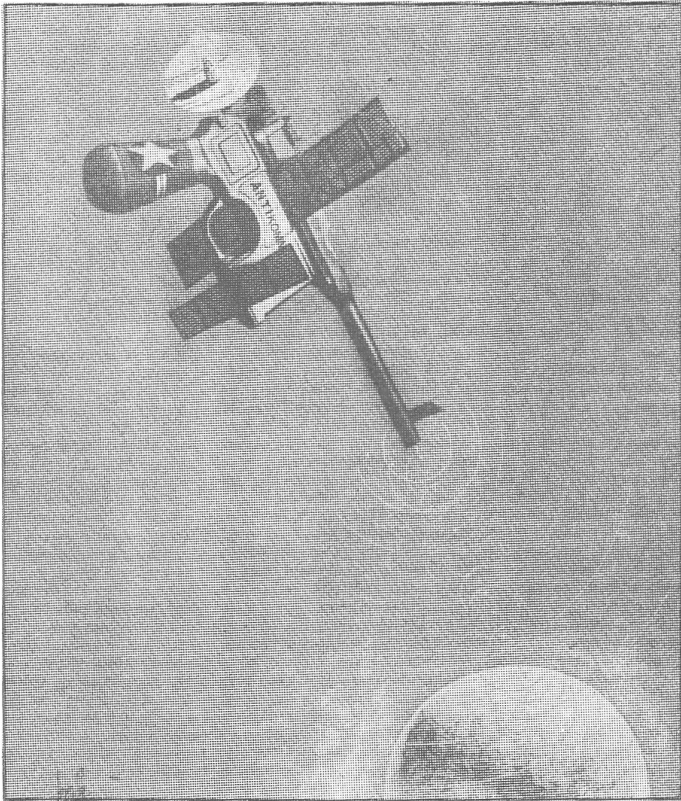
Zum technologisch «hochgerüsteten Informationsimperialismus» gebe es nur die Alternative, «für die weltweiten Kommunikationsbeziehungen völkerrechtliche Grundlagen zu schaffen, die den Aufbau unabhängiger nationaler Strukturen und eine gleichberechtigte Teilnahme aller Staaten am internationalen Informationsaustausch gewährleisten».

Hier ist festzuhalten, dass der offizielle Osten wohl auf jegliche Informationsquellen abonniert ist, es aber völlig unterlässt, diese Nachrichten «gleichberechtigt» zu behandeln, das heisst, sie seinen Lesern, Hörern und Zuschauern weiterzuleiten. Und was hat die Bevölkerung für Möglichkeiten, trotzdem am internationalen Informationsaustausch teilzunehmen? Sie lebt in Ländern, in denen schon der private Besitz von Spiritusvervielfältigern oder Fotokopiergeräten verboten ist, von Heimcomputern gar nicht zu reden.

Nur Ungarn will (wenn es darf) auf Empfang

Im gesamten Sowjetlager fürchtet offenbar nur der relative «Einzelgänger» Ungarn das künftige Satellitenfernsehen aus dem Westen nicht so sehr.

Auch in Ungarn nennt man eine Alternative zum «Wettbewerb aus dem Weltraum», aber eine andere: Das heimische Fernsehen müsse eben besser werden. Zu dieser Schlussfolgerung sind immerhin ungarische Medien gelangt. Sie weisen auch darauf hin, dass heute schon etliche Ungarn über TV-Antennen verfügen, die



Das ist aus dem Weltall jener Beschuss, vor dem man im Sowjetlager wirklich Angst hat: die anderweitige Information.

Illustration zu dem im Text erwähnten Beitrag von «horizont», Ostberlin, Nr. 1/1985

den Empfang österreichischer oder bundesdeutscher Sendungen ermöglichen.

Und in der Bereitschaft, sich der Herausforderung zu stellen, geht man sogar noch einen Schritt weiter. Für den ungarischen Bedarf in spe – und wahrscheinlich auch für den Export in den Westen – sei die Industrie bereits daran,

Parabolantennen zum Empfang von Satelliten-TV herzustellen.

Indessen ist Ungarn im Sowjetlager wirklich nur die Ausnahme, welche (solange sie darf) die Regel bestätigt. Denn die Moskauer Regelung ist anders.

Reichgestörte Sowjetunion

Zur sowjetischen Politik gehört es seit 1948, den Empfang ausländischer Sender zu stören. Trotz der Vereinbarungen von Helsinki 1975 im Rahmen der Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE). Damals hatte sich Moskau bereiterklärt, den ungehinderten gegenseitigen Austausch von Gedanken und Informationen zu respektieren und zu gestatten. Indessen fühlt sich der Krenl an dieses Versprechen nicht gebunden und hat es nie eingehalten. Zurzeit unterhält die Sowjetunion allein auf ihrem Territorium über 3000 (dreitausend) Störsender. Diese Art der Zensur kostet sie (d. h. ihre Bevölkerung) jährlich rund 650 Millionen Franken.

Den Standpunkt Moskaus in Sachen Störsender hatte seinerzeit der sowjetische Vertreter Arkadi Soboljew bei einem Auftritt vor der UNO-Generalversammlung 1958 so dargelegt: «Wir verfügen über Nuklearwaffen, um einem Aggressor zu antworten. Und wir verfügen über Störsender, um zu verhindern, dass Subversion in die Sowjetunion hineingestrahlt wird.»

Aber warum ist ausseramtliche Information denn identisch mit gefährlicher Subversion? Wenn die sowjetischen Darstellungen so gut wären, dass sie sich auch angesichts von Konkurrenz zu behaupten vermöchten, dann bestünde ja keinerlei Gefahr. Dann könnte die Bevölkerung über alle Behauptungen der Feinpropaganda ja ruhig lachen. Indessen weiss die Sowjetführung, dass es im Falle eines freien Informationswettbewerbs für sie nichts mehr zu lachen geben wird.

Jakub Tete

Zusammenhänge

Zur Weltlage

- In Westeuropa steigt der Terror als Phönix aus der Asche vermeintlicher Überwindung. Die Wehrdienstverweigerung nimmt zu. Erneute Friedensdemonstrationen und Aktionen gegen Atomkraftwerke stehen zur Diskussion.
 - Die «Ruhe» im Nahen Osten ist trügerisch, desgleichen in Zentralamerika.
 - Um Angola, Moçambique und Namibia herrscht Verwirrung. Bisher auf Moskau ausgegerichtete Staatschefs bekunden den Wunsch, sich vermehrt dem Westen zuzuwenden.
- ★ ★
- Moskau nimmt wieder an Abrüstungsgesprächen teil, und westeuropäische Regierungen drängen Washington zu Gesprächen und Konzessionen. Gleichzeitig «verirrt» sich über Finnland ein sowjetischer Flugkörper.
 - In Polen fand der «Prozess des Jahrhunderts» statt, weil erstmals staatliche Stellen des kommunistischen Machtapparates auf der Anklagebank sassen und verurteilt wurden.
 - In Afghanistan wird die sowjetische Offensive verstärkt. Das widerspricht westlichen Prognosen über eine grössere Zurückhaltung Moskaus auf dem dortigen Kriegsschauplatz.

Wie sind diese teilweise widersprüchlich scheinenden Entwicklungen zu beurteilen? Können sie in einen grösseren Zusammenhang glaubwürdig eingeordnet werden?

Sie können; und hier ist mehrmals auf jene grösseren Zusammenhänge hingewiesen worden, so unter anderem in ZB Nrn. 24/83 und 19/84. Wir rekapitulieren und ergänzen in aller Kürze:

Die Sowjetunion befindet sich in einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise. Weil diese grösstenteils systembedingt ist, kann sie nicht selbständig überwunden werden. Namentlich werden von allen kommunistischen Regimen in nächster Zukunft so ausserordentliche Mittel zur Verhinderung einer gigantischen ökologischen Katastrophe abverlangt, dass ein Notstand kaum zu umgehen sein wird.

In solcher Lage wäre die Sowjetführung zu ganz erheblichen Konzessionen auf verschiedensten möglichen Ebenen gezwungen: Bereitschaft zur Abrüstung, Abbau des globalen Engagements, Verzicht auf Herrschaftsansprüche, Aufnahme von unpolitischen Wirtschaftsbeziehungen, Zusammenarbeit in den Fragen des Umweltschutzes, Zurücknahme der Subversion.

Derartige Konzessionen stellen andererseits die Sowjetführung in Frage und könnten, wenn